

AiR Aktiv im **Ruhestand**

4

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
April 2024 – 75. Jahrgang

Ins Grüne

Ehrenamtliche reinigen Parks
und pflegen Plätze

Seite 8 <

Renten

Generationenfonds
soll das Renten-
niveau stabilisieren

Seite 6 <

Autofahren im Alter
EU setzt auf Eigen-
verantwortung

mit
dbb Seiten

Gärtnern ...

... ist für viele ein beglückendes Hobby. Und der Frühling lockt Alte wie Junge nach draußen. In der aktuellen Ausgabe von „Aktiv im Ruhestand“ erfahren Sie nicht nur, was Profis antreibt, wenn sie historische Gärten rekonstruieren, sondern auch, wie Ehrenamtliche außerhalb des eigenen Gartens ihre Städte und Gemeinden lebens- und liebenswerter gestalten. An nicht wenigen Orten in Deutschland müssen Kommunalbehörden aus Geld- und Personalmangel nämlich auf die Arbeit von Freiwilligen zurückgreifen. Das Gute daran: Der Zusammenhalt in den Nachbarschaften wird gestärkt, Achtlosigkeit und die Bereitschaft zu Vandalismus sinken.

In Deutschland könnte sich infolge der Teuerungsraten der vergangenen Jahre die Zahl der armen Alten erhöhen. Darüber, über die Rentenerhöhung im Juli, die Pläne der Ampelkoalition im Rentenpaket II und über weitere interessante Themen lesen Sie im neuen AiR.

ada

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Stefan Czogalla (cz), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Model Foto: Colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 54,10 Euro zzgl. 8,60 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,70 Euro zzgl. 1,85 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abbonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Terlinden. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 65 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 53, gültig ab 1.1.2024.

Druckauflage: dbb magazin 552 561 Exemplare (IVW 4/2023). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 4/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Gärtnern



5

Aktuell

- > Digitalisierung: Mehrheit der Deutschen digital resilient 4
- > Renten: „Ein Meilenstein für unser Land“ 5
- > Autofahren im Alter: Appell an die Eigenverantwortung 6



7

Standpunkt

- > Führerschein: Ein Gespenst namens Fahrtüchtigkeitsprüfung 7

Kompakt

- > Rentenpaket II: Stabilität durch Aktienrente 8



12

Aus den Ländern

- > dbb landesbund brandenburg: Attraktives Gewerkschaftsleben gestalten 10

Titelthema

- > Ehrenamt Gärtnern im öffentlichen Raum: Frühjahrsputz 12



16

Brennpunkt

- > Altersarmut: Gesellschaft in Schieflage 16

Vorgestellt

- > Gärtnern: Das Lebenselixier 18



20

Medien

- > Altgeräte: Renaissance der Reparatur 20

Nach-Lese

22

Buchtipp

23

Gewinnspiel

24



28

dbb

- > Nachrichten – Bund stoppt Besoldungsanpassung: Gesetzentwurf auf Eis 25
- > Nachrichten – Beamte: Verfahren zur Bundesbeihilfe wird vereinfacht 26
- > Tarifpolitik – Einkommensrunde TV-H: Hessen zieht mit anderen Bundesländern gleich 27
- > Interview – Dr. Uwe Brandl, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: Wir ersticken in Vorschriften und Bürokratie 28
- > Dossier öffentliche Finanzen – Bundesimmobilien: Die Vermieter 31
- > Online – D21-Digital-Index: Digitaler Skeptizismus 34
- > Korruptionsbekämpfung: Deutschland muss noch konsequenter handeln 36
- > Rechtssicherheit für Big Data und künstliche Intelligenz: Datenschürfen in der Grauzone 38
- > Blickpunkt – Gesundheitskosten: Vermeiden geht vor Kürzen 40
- > Beamte – Beamten Basics – Fragen und Antworten: Ruhestand, Hinzuverdienst und Versorgung 42
- > Europa – Kurzinterview mit Ralf Fücks, Zentrum Liberale Moderne: „Demokratisches Selbstbewusstsein statt Furcht“ 44



31

Digitalisierung

Mehrheit der Deutschen digital resilient

61 Prozent der Bevölkerung sehen sich durch die Digitalisierung eher beflügelt als belastet. Der Einsatz von KI erleichtert auch den Alltag älterer Menschen.

Künstliche Intelligenz (KI) wird in der Zukunft eine immer größere Rolle im Alltag spielen. Um die Fragen, was bei deren Nutzung zu bedenken ist, welche Regeln eine Gesellschaft sich dafür geben muss und wie es aktuell mit der Digitalisierung in Deutschland steht, ging es beim D21 talk. Die Tagung der Digitalisierungsinitiative D21 hat in diesem Jahr am 19. Februar 2024 in Berlin stattgefunden.

Die Initiative D21 veröffentlicht regelmäßig einen Digital-Index, der ein umfassendes Lagebild zum Stand der Digitalisierung in Deutschland zeichnet. Interessant ist in diesem Jahr, dass 62 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren angeben, schon mit Desinformationen in Kontakt gekommen zu sein. Dies zeigt einerseits deutlich, dass unsere Gesellschaft die Digitalisierung nutzt und braucht. Gleichzeitig steht sie ihr aber etwas skeptischer gegenüber als im Jahr zuvor. Weltweit dämpfen Rahmenbedingungen wie Corona- und Klimakrise, aber auch die Kriege in der Ukraine oder im Gazastreifen die Grundstimmung. Dennoch meint Dr. Marianne Janik von Microsoft im D21-Digital-Index 2023/24: „Mit 61 Prozent



Thomas Krupp von der dbb bundesseeniorenvertretung sprach am Rande der Veranstaltung mit Marc Reinhardt, dem Präsidenten der Initiative D21 e. V.

ist die Mehrheit der Befragten aktuell digital resilient, also durch die Digitalisierung eher beflügelt als belastet. Das ist positiv, aber der Trend ist leicht rückläufig. Die hohe Innovationsgeschwindigkeit erfordert zunehmend mehr Qualifikationen und höhere Flexibilität.“

KI – künstliche Intelligenz – bietet große Chancen, insbesondere beim Bürokratieabbau. Wen wundert es, dass ihr Einsatz in besonders bürokratieaufwendigen Bereichen wie der Verwaltung beispielsweise

von Schulen und Krankenhäusern attraktiv scheint.

Die Einsatzbereiche von KI sind aber weit vielfältiger: Ob die Rezeptur von Müsli verbessert oder neu entwickelt wird oder Batterien effektiver konzipiert werden – immer wieder kommt inzwischen KI ins Spiel. Künstliche Intelligenz betrifft auch die Zukunft der Arbeit: KI verändert Jobs und Arbeitsansprüche. Zahlreiche Berufe und Berufszweige könnten in Zukunft davon betroffen sein. Die tatsächlichen Ausmaße dieser aktuellen Welle der

industriellen Revolution wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Wir stehen dort erst am Anfang, meinen die Autorinnen und Autoren des aktuellen Digital-Index.

Mit welcher Geschwindigkeit diese Entwicklung mitunter voranschreitet, kann an der Einführung von ChatGPT demonstriert werden: In den ersten fünf Tagen nach Veröffentlichung der Webseite hatte es eine Million Abrufe weltweit gegeben. Jetzt, etwa anderthalb Jahre später, sind es bereits über eine Milliarde, schätzt Stefan Latuski, der Leiter Informationstechnik (CIO) der Bundesagentur für Arbeit.

„Diese Veranstaltung hat gezeigt, dass wir Älteren von KI ebenfalls in vielen Lebenslagen betroffen sind. Dabei sollten wir KI als Chance begreifen und auch nutzen. Gerade im Gesundheitswesen bieten sich Chancen, die zu erkennen und praktisch anzugehen sind. So hilft die Auswertung riesiger, anonymisierter Datenmengen durch KI bei der Früherkennung verschiedener Krebsarten. Der Algorithmus erkennt zum Beispiel die krankhaften Veränderungen auf der Haut viel früher als auch der erfahrenste Mediziner. Dadurch steigen die Heilungschancen“, meint Thomas Krupp, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseeniorenvertretung. „Mittels KI lässt sich auch die Selbstständigkeit vieler älterer Menschen länger erhalten, etwa durch den Einsatz von Hilfsmaschinen – Pflegerobotern –, die gleichzeitig auch helfen, die Pflegenden physisch zu entlasten.“

Renten

„Ein Meilenstein für unser Land“

Renten steigen zum 1. Juli um 4,57 Prozent. Bemerkenswert: Erstmals erfolgt die Rentenanpassung in Ost und West einheitlich.



ModellFoto: Colourbox.de

Die Bezüge von etwa 21 Millionen Rentnern und Rentnerinnen steigen im Sommer deutlicher als erwartet. „Nach den nun vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Rentenversicherung Bund steigen die Renten in den alten und neuen Ländern zum 1. Juli 2024 um 4,57 Prozent“, verlautbarte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 19. März 2024. Die Rentenanpassung liegt damit im dritten Jahr infolge oberhalb von vier Prozent und deutlich über der aktuellen Inflationsrate. Nachdem im vergangenen Jahr der aktuelle Rentenwert Ost aufgrund der höheren Lohnsteigerung in den neuen Bundesländern

bereits den West-Wert erreicht hatte, erfolgt die Anpassung der Renten zum ersten Mal bundeseinheitlich. Gleichzeitig treten Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten in Kraft. Der starke Arbeitsmarkt und gute Lohnabschlüsse machen dies möglich. Bundessozialminister Hubertus Heil nennt die Erhöhung im Hinblick auf die Angleichung von Ost- und Westrenten einen „Meilenstein für unser Land“.

► Wie sich die Rentenerhöhung errechnet

Die für die Rentenanpassung relevante Lohnsteigerung beträgt 4,72 Prozent. Sie basiert auf der vom Statistischen Bundesamt

gemeldeten Lohnentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Darüber hinaus wird die beitragspflichtige Entgeltentwicklung der Versicherten berücksichtigt, die für die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung entscheidend ist.

Auf Basis der vorliegenden Daten und unter Anwendung der Rentenanpassungsformel ergibt sich ein rechnerischer aktueller Rentenwert von 39,31 Euro. Damit würde aber das – derzeit nur bis zum 1. Juli 2025 geltende – Mindestsicherungsniveau von 48 Prozent ganz knapp unterschritten. Deshalb greift die Niveauschutzklausel und der aktu-

elle Rentenwert wird so festgesetzt, dass ein Rentenniveau von 48 Prozent erreicht wird.

Damit ergibt sich eine Anhebung des aktuellen Rentenwerts von gegenwärtig 37,60 Euro auf 39,32 Euro. Dies entspricht einer Rentenanpassung von 4,57 Prozent sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern. Für eine Standardrente bei durchschnittlichem Verdienst und 45 Beitragsjahren bedeutet die Rentenanpassung einen Anstieg um 77,40 Euro im Monat.

► Künftig geringere Steigerungen

Auch künftig dürften die Renten steigen – aber laut aktuellem Rentenversicherungsbericht nicht mehr im Ausmaß dieses Jahres. So geht der Bericht bis 2037 von einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,6 Prozent pro Jahr aus – insgesamt gut 43 Prozent. Gleichzeitig nimmt der Druck auf die Rentenkasse wegen des Übertritts von Millionen sogenannter Babyboomer in die Rente zu. Laut dem Bericht dürfte das Rentenniveau ohne gesetzliche Eingriffe von derzeit 48,2 Prozent bis auf 45,0 Prozent im Jahr 2037 sinken. Das heißt, die Renten steigen generell nicht mehr so stark wie die Löhne (Mehr dazu im Beitrag auf Seite 8). ■

Autofahren im Alter

Appell an die Eigenverantwortung

Das EU-Parlament hat Ende Februar seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie verabschiedet. Pläne für regelmäßige Gesundheitschecks älterer Fahrer und Fahrerinnen sind verworfen worden.



© Getty Images/Unsplash

Für ältere Verkehrsteilnehmer ändert sich also erst einmal kaum etwas. Ärzte und auch Versicherungen raten jedoch dringend zu verantwortungsvollem Handeln. So schreibt etwa die ERGO-Versicherung: „Es gehört zum Lauf der Natur, dass im Alter Sehfähigkeit, Gehör und Reaktionsfähigkeit langsam abnehmen. Gerade diese Fähigkeiten stellen aber einen wichtigen Faktor für eine sichere Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr dar. In Deutschland gibt es bisher keine Regelung, die für den Führerschein eine Altersgrenze vorschreibt.“ Verschulde ein älterer Autofahrer jedoch einen Unfall, werde die Fahrerlaubnisbehörde unter Umständen hellhörig. „Diese kann eine Überprüfung anordnen, wenn die Art des Unfalls im Zusammenspiel mit dem Alter den Verdacht erregt, dass möglicherweise die Eignung zur Teilnahme am Straßenverkehr nicht mehr gegeben ist. Dann kann die Behörde eine medizinische Untersuchung anordnen, die insbesondere das Sehvermögen, die Hörfähigkeit und die psychische und nervliche Gesundheit prüft.“

So wurde etwa der Führerschein des Autofahrers (83), der durch sein Fehlverhalten Anfang März im Berliner Stadtzentrum den Tod einer belgischen Touristin und ihres vierjährigen Kindes verursacht hatte, von der Polizei beschlagnahmt.

Im Jahr 2022 starben in Europa 20 640 Menschen im Straßenverkehr. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten in ihren Mitgliedstaaten bis 2050 auf null zu senken und die Verkehrssicherheit im Allgemeinen zu verbessern. Zudem bemüht man sich um eine Vereinheitlichung der Führerscheinregelungen, da in den einzelnen Mitgliedstaaten völlig unterschiedliche Regelungen gelten.

Dafür hatte der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments im Mai 2023 unter anderem vorgeschlagen, dass Fahrer und Fahrerinnen, die älter als 70 Jahre sind, ihren Führerschein alle fünf Jahre erneuern müssen. Auch Nachtfahrverbote für Fahranfänger und Tempolimits waren Teil des Entwurfs.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing hatte einen Großteil der Vorschläge bereits im September 2023 klar zurückgewiesen: „Das ist ein massiver Eingriff in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Gesellschaft, Mobilität heißt Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Der Vorschlag aus dem EU-Parlament ginge voll zulasten der Älteren und Jüngeren im ländlichen Raum. Wir haben bei den älteren Autofahrern keine signifikanten Unfallzahlen und damit keinen Grund für einen Generalverdacht. Und wie kämen wir dazu, die jüngeren Autofahrer abends von der Straße zu verbannen? Wie sollen sie ihren Arbeitsplatz erreichen, wenn sie etwa Schichtarbeiten?“; heißt es auf der Website des Ministeriums.

■ Führerscheine regelmäßig erneuern

Das EU-Parlament hat seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie am 27. Februar 2024 verabschiedet. Mit 339 zu 240 Stimmen bei 37 Enthaltungen wurde eine Version angenommen, die vorsieht, dass Führerscheine unabhängig vom Alter alle 15 Jahre erneuert werden müssen. Die Parlamentarier befürworteten außerdem, dass bei der Erneuerung eine Selbsteinschätzung der Fahrtauglichkeit vorgenommen werden soll, 17-Jährigen das begleitete Fahren erlaubt wird und der Führerschein auch digital auf dem Smartphone vorgehalten werden kann.

► Realistische Selbsteinschätzung nötig

Richard Goebelt, Fachbereichsleiter Fahrzeug & Mobilität beim TÜV-Verband, empfiehlt Führerscheinbesitzern ab 75 Jahren deshalb, regelmäßige Testfahrten mit einem Experten durchzuführen: „Im Rahmen dieser Feedbackfahrten bewertet ein Experte die Fähigkeiten der Senioren und zeigt Potenziale auf, wie sie ihre Fahrkompetenz erhalten kön-

nen. Damit tragen die Feedbackfahrten dazu bei, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten und gleichzeitig die Mobilität älterer Menschen zu erhalten. (...) Feedbackfahrten bieten älteren Fahrern die Möglichkeit, ihr Wissen aufzufrischen und sich mit neuen Entwicklungen vertraut zu machen. So können die Fahrten das Selbstbewusstsein älterer Fahrer stärken und tragen dazu bei, dass sie sich im Stra-

ßenverkehr weiterhin sicher fühlen.“

Fahrschulen, aber auch der ADAC bieten sogenannte Fahr-Fitness-Checks an, bei denen Fahrlehrer für eine knappe Stunde bei einer Alltagsfahrt begleiten und danach in einem Feedbackgespräch Tipps geben. Die Kosten liegen häufig zwischen 75 und 100 Euro.

Die regionalen Verkehrswachten veranstalten

Verkehrssicherheitstage. Unter dem Titel „Mobil bleiben, aber sicher!“ können Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwa an Pkw-Simulatoren oder Seh- und Reaktionstestgeräten unverbindlich ihre Fähigkeiten testen und sich zur sicheren Verkehrsteilnahme beraten lassen. Die Veranstaltungen sind kostenlos und können ohne Anmeldung besucht werden. t1p.de/landesverkehrswachten ■

Führerschein

Ein Gespenst namens Fahrtüchtigkeitsprüfung

Schon wieder geht das Gespenst der Fahrtüchtigkeitsprüfung für Seniorinnen und Senioren um. Ab einem gewissen Alter sollen Ruheständler ihre Fahrtüchtigkeit durch einen verpflichtenden Test überprüfen lassen – jedenfalls wenn es nach dem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des EU-Parlaments geht.

Ich halte diese Pflichtprüfung für ganze Bevölkerungsgruppen für eine besondere Art der Altersdiskriminierung. Eine starre Altersgrenze widerspricht, wie seit Jahren belegt, der Lebensrealität. Der Fitnessgrad der über 65-Jährigen ist äußerst unterschiedlich. Es gibt 80-Jährige, die so manchen 50-jährigen „Bürostuhlsitzern“ körperlich beziehungsweise mental überlegen sind. Außerdem sollte eine Demokratie eher auf Freiwilligkeit und



► Max Schindlbeck

Einsicht setzen, denn auf Zwangsmaßnahmen. Ich bin sicher, dass die allermeisten älteren Menschen bei altersgemäßen Angeboten diese persönlichen Überprüfungen nutzen werden. Die steigende Zahl der freiwillig zurückge-

benen Führerscheine durch verantwortungsbewusste ältere Verkehrsteilnehmer ist ein überzeugender Beleg.

Die Diskussion zum Thema ist unübersichtlich. Die einen sind für verpflichten-

de, starre Regelungen, die anderen setzen auf Freiwilligkeit, wie sie Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) fordert. Dazwischen gibt es eine bunte Mischung von Meinungen und Initiativen. Mit einer Wegnahme des Führerscheins aber würde gerade Seniorinnen und Senioren ein Stück Lebensqualität geraubt.

Ich bin überzeugt, dass ein Appell an die Vernunft der Ruheständler mindestens genau so viel bewirkt wie eine Zwangsmaßnahme. Zudem gäbe es weniger Ärger. Keine der vielen Omas und Opas wollen ihre Enkel durch ein falsches Fahrverhalten gefährden.

Wir müssen uns hier einmischen. Schreiben Sie doch Ihrem Wahlkreisabgeordneten des Bundestags und des EU-Parlaments. Wenn wir alle zusammenhalten, sind wir eine beeindruckende Macht. Nutzen wir sie!

Max Schindlbeck,
stellvertretender
Vorsitzender der dbb
bundessenorenvertretung